

Biel lässt die Innenstadt analysieren

Detailhandel Da immer mehr Geschäfte aus der Innenstadt verschwinden, lässt Biel diese nun durch die Firma GSP analysieren. Ziel ist, Ideen für die Zukunftsgestaltung zu gewinnen. Die Resultate sollen noch in diesem Jahr vorliegen.

Lino Schaeren

Biel will dem Verschwinden von immer mehr Geschäften und Filialen aus der Innenstadt nicht tatenlos zusehen. Die Präsidioldirektion von Erich Fehr (SP) hat deshalb eine Analyse bei der GSP Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG in Auftrag gegeben. Diese geht – unter anderem – auf eine Motion zurück, die 2015 von den FDP-Stadträten Peter Moser und Cécile Wendling eingereicht wurde.

Diese forderten den Gemeinderat auf, «unverzüglich ein Programm zur Innenstadt-Attraktivierung» zu starten und die zur Umsetzung der Massnahmen notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Der Stadtrat folgte dem Antrag des Gemeinderats, wandelte die Motion in ein Postulat um und erklärte dieses als erheblich.

Moser und Wendling beklagten den schleichenden Wegzug von Geschäften aus der Bieler Innenstadt, verantwortlich machten sie die grossen Einkaufszentren weit ausserhalb der Flanierzonen. Der Gemeinderat schrieb im März 2015 in seiner Antwort, dass er die Sorge der Motionäre teile im Hinblick auf die langfristige Entwicklung, insbesondere die Digitalisierung des Einkaufens arbeite nicht auf eine zusätzliche Unterstützung der Innenstädte hin. Nun also wird mittels Analyse nach neuen Lösungsansätzen gesucht.

Umfrage bei den Geschäften

Die Analyse in Auftrag gegeben hat die Präsidioldirektion allerdings nicht nur wegen des Prüfungsauftrags des Stadtrats, sondern auch aufgrund der heutigen Gegebenheiten. Der Detailhandel stehe schweizweit vor grossen Herausforderungen, nicht nur wegen des Online-Shoppings, sondern auch wegen des Einkaufstourismus und des starken Frankens, heisst es in einer Mitteilung, die die Stadt gestern verschickte. Ein bedeutender Strukturwandel sei im Gange und mache auch vor Biel nicht Halt. «Wir wollen mit neuen Ideen Gegensteuer geben», sagt Erich Fehr.



Einkaufsstrasse Nidaugasse: Hier könnten sich die Geschäfte der Neustadt künftig noch stärker konzentrieren. Reto Probst

Die Analyse durch die Firma GSP sieht vor, die Grundlagen und Rahmenbedingungen des Detailhandels in der Bieler Innenstadt mit jenen anderer Städte zu vergleichen. Der Auftrag beinhaltet auch eine Umfrage bei den Geschäftsbetreibern in der Bieler Innenstadt, die «in diesen Tagen», wie es in der Mitteilung heisst, verschickt werde. Zudem soll GSP konkrete Massnahmenvorschläge für die Detailhändler und die Immobilien-eigentümer erarbeiten. Laut Fehr wird die Analyse im Laufe des Herbstes durchgeführt, «die Massnahmen wollen wir dann im kommenden Jahr angehen».

Doch worauf könnten die Massnahmen abzielen? Fehr sagt, dass man aus der vorgenommenen Altstadtanalyse wisse, dass die Anzahl der Liegenschaften mit Geschäftsfläche im Erdgeschoss hinterfragt werden müsse. Ein Lösungsansatz könnte also

«Mit neuen Ideen wollen wir Gegensteuer geben.»

Erich Fehr, Stadtpräsident von Biel

sein, die Geschäfte, die in der Neustadt im Bereich zwischen Bahnhof und Mühlebrücke liegen, weiter zu konzentrieren, etwa an der Nidaugasse.

Dass immer mehr Geschäfte «Opfer» der grossen Einkaufszentren werden, bekommen auch die Besitzer der Immobilien zu spüren. «Zu viele Liegenschaftsbesitzer finanzieren heute ihr Gebäude mit der Miete aus dem Erdgeschoss», sagt Fehr. Die Zukunft sehe wohl aber viel mehr so aus, dass die weiteren Stockwerke das Erdgeschoss finanzieren müssten.

Stadien als gutes Beispiel

Dass Einkaufszentren die Geschäfte in der Innenstadt konkurrenzieren, ist längst bekannt. So haben die Stimmberechtigten Biel 2007 und 2010 bei den Volksabstimmungen über die Sportstadien Stades de Bienne Bestimmungen gutgeheissen, die

dies im Falle der Stadion-Mantel-nutzung verhindern sollen. In der zonenrechtlichen Grundordnung ist festgehalten, dass nur ein Lebensmittelgeschäft mit einer Verkaufsfläche von maximal 1500 Quadratmetern zugelassen wird. Und Fachmärkte dürfen eine Fläche von 1250 Quadratmetern nicht unterschreiten.

Diese Bestimmungen führten tatsächlich dazu, dass im Bauch der Tissot Arena kein klassisches Shopping-Center entstand. Die Betreiber allerdings beklagen, dass die Vorschriften die Mietersuche erschweren. Bekanntlich ist in der Galerie, wie die kommerzielle Zone der heutigen Tissot Arena genannt wird, ein Jahr nach der Eröffnung längst nicht jede Fläche vermietet.

Sind Sie mit dem Geschäftsangebot in der Innenstadt zufrieden? Diskutieren Sie unter www.bielertagblatt.ch/innenstadt

Neue Unruhe um Bundesasylzentrum

Lyss Die Armee hat die Pläne zum Umzug der Kaserne Lyss nach Thun publiziert. Die Gemeinde befürchtet, dass nun bald ein Bundesasylzentrum aufs Kasernenareal kommt.

Lyss ist hoch sensibilisiert, wenn es um folgendes Thema geht: das geplante Bundesasylzentrum auf dem Waffenplatz mitten im Dorf. Längst ist es zum Politikum geworden, die BDP reichte ein Postulat ein, die SVP lancierte jüngst eine Petition gegen das Vorhaben. Gross ist das Unverständnis in der Gemeinde, weshalb ausgerechnet in Lyss ein Bundesasylzentrum mit rund 650 Plätzen zu stehen kommen soll, wo es doch in Lyss-Kappellen bereits das Durchgangszentrum mit 180 Plätzen gibt (wir berichteten).

Die Befürchtung vor einer Konkretisierung des Vorhabens hat

nun Aufwind erhalten: Auf Simap, der elektronischen Plattform für das öffentliche Beschaffungswesen, hat die Armee ihre Pläne zum Umzug der Lysser Kaserne nach Thun publiziert. Armasuisse Immobilien sucht unter dem Projekttitel «Arealentwicklung Waffenplatz Thun» einen Generalplaner, der sich um den Umzug des Ausbildungsplatzes Lyss nach Thun kümmern soll.

Spannend ist der Zeithorizont: Das Projekt beginnt im Januar 2017 und endet im Dezember 2021. «Uns gegenüber war seit letztem Jahr die Rede davon, dass die Armee sicher bis 2027 in Lyss bleibt», sagt Gemeindepräsident Andreas Hegg (FDP).

Wenig Informationen

Hegg ist seit Monaten nerviert und empört darüber, dass hinter seinem Rücken die Fäden gezogen werden und seine Gemeinde von Bund und Kanton kaum über weitere Schritte unterrichtet wird.

Doch die Armee entschärft. «Bei der Ausschreibung handelt es sich einzig um die geplanten Ersatzinfrastrukturen auf dem Waffenplatz Thun», so Jacqueline Stampfli vom VBS. «Zudem geben die terminlichen Angaben rein die Bausicht wieder. Die Zeit für den Umzug ist nicht Bestandteil davon.» Stand heute sei es so, dass die Armee länger als bis Ende 2021 in Lyss bleibe – «konkret ist der aktuelle Zeithorizont 2027», so Stampfli. Weiter sei die Errichtung eines Asylzentrums auf dem Lysser Waffenplatz nicht Gegenstand der Simap-Ausschreibung: «Die Armee ist für dieses Thema nicht zuständig.»

«Lyss ist eine Option»

Zuständig ist das Staatssekretariat für Migration. Dort heisst es nach wie vor, die Pläne für ein Bundesasylzentrum in Lyss seien noch nicht konkret. «Lyss ist eine mögliche Option», sagt Sprecherin Céline Kohlprath. Und: «Die Verlegungen von militärischen Standorten sind allein Sache des

VBS.» Die Planungen für einen Ausbau des Durchgangszentrums Kappellen seien im Gang, bestätigt Kohlprath, «Entscheiden erfolgen in Absprache mit der Gemeinde».

«Wir wehren uns»

Auf den Vorwurf, Lyss werde nicht über die Pläne informiert, erwidert Céline Kohlprath: «Falls der Waffenplatz Lyss in den Sachplan Asyl aufgenommen würde, hätten Gemeinde und Bevölkerung voraussichtlich im Winter 2016/17 Gelegenheit zur Stellungnahme.» Und im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens bestünden dann weitere Mitwirkungsmöglichkeiten.

Und die wird Lyss nutzen. «Wir werden uns garantiert gegen das Bundesasylzentrum auf dem Waffenplatz wehren», sagt Hegg. Ein Ausbau des Durchgangszentrums würde die Gemeinde unterstützen, das gehöre zur humanitären Pflicht. «Aber dann ist genug», so Hegg, «wir Lysser wollen nicht die ganze Last des Kantons tragen.» *Simone Lippuner*

Neue Busse ab 2018

Biel Die VB werden zehn Gelenktrolleybusse mit einem Gesamtwert von rund 10 Millionen Franken bestellen. Die Fahrzeuge sollen von März bis Juli 2018 geliefert und in Betrieb genommen werden. Sie werden für weniger Lärm und bessere Luft sorgen.

Mit dem Swisstrolley 5 der Firma Carrosserie HESS AG habe sich ein Schweizer Produkt in der öffentlichen Ausschreibung durchgesetzt, schreiben die Verkehrsbetriebe Biel in einer Mitteilung. Die neuen Trolleybusse werden ab Frühling 2018 die Hälfte der bisherigen Trolleybusflotte der VB komplett ablösen. Die zehn Trolleybusse 1997/98 haben ihr Lebensende erreicht und müssen altersbedingt ersetzt werden.

Batterie statt Hilfsmotor

Die neuen Trolleybusse besitzen anstelle des Dieselmotors eine Batterie, die ein fahrdradloses Fahren in elektrischen Betrieb über kürzere Distanzen ermöglicht. Damit können die neuen Trolleybusse auch bei Baustellen oder Umleitungen, wie zum Beispiel an der Braderie oder Fasnacht, im Linienbetrieb komplett elektrisch eingesetzt werden. «Dank den neuen Trolleybussen können die VB ihren Schadstoffausstoss sowie den Lärm zugunsten einer besseren Lebensqualität in der Stadt Biel weiter reduzieren», ist der Mitteilung weiter zu entnehmen.

Die neuen Trolleybusse sind zudem komplett niederflurig und weisen bei den Türen 2 und 3 grosse Multifunktionsflächen auf. Damit verbessern die VB das Angebot für Menschen mit eingeschränkter Mobilität auch auf den Trolleybuslinien, und Eltern mit Kinderwagen finden ein besseres Platzangebot vor.

Zusammen mit Bernmobil

Die VB und Bernmobil haben im April 2016 die Beschaffung von neuen Trolleybussen gemeinsam öffentlich ausgeschrieben. «Das beste Angebot hat die Firma Carrosserie HESS AG, Bellach erreicht. Wir freuen uns, mit dieser Ersatzbeschaffung die Elektromobilität in der Stadt Biel weiter voranzutreiben», sagt VB-Direktor Christophe Kneuss. *mt*

1000 Bäume für das Seeland

Pro Natura Mit der Aktion «Bäumiges Seeland» will die Pro Natura Regionalsektion dem schleichenden Verschwinden der Hochstamm-Bäume entgegenwirken. «Denn was wäre unsere Landschaft ohne die stattlichen Obstbäume?», fragt die Organisation in einer Mitteilung.

Sie würden die ökologische Lebensgrundlage für eine vielfältige Tierwelt bilden und mit ihren Formen, Farben und Früchten erfreuen. Ziel sei es, das Seeland mit tausend neuen Bäumen zu bereichern. Seit 2013, so Pro Natura, seien viele dem Aufruf gefolgt, und es konnten bereits über 600 junge Bäume gepflanzt werden. Alle könnten mitmachen: Natur- und Gartenfreunde, Landwirte, Vereine, Schulen und Gemeinden.

Pro Natura gibt Jungbäume bis zum 31. Oktober zu stark reduzierten Preisen ab, heisst es. Im Angebot stehen über zwei Dutzend verschiedene Obstbäume. *mt*

Reklame



Werner Luginbühl
Ständerat
BDP Bern

«Ein Fuss-abdruck von eins lässt sich nur mit rigorosem Zwang erreichen.»

www.grüne-verbotswirtschaft.ch

Am 25. September
NEIN
zur grünen
Verbots-Wirtschaft



HEV Schweiz
Postfach, 8032 Zürich